



Deutschland.

Berlin, 17. Juni. [Militär.] Se. Majestät der König hat dem Commerz- und Admirals-Rath Philipp Albrecht zu Danzig den Charakter als Geheimer Commerzien-Rath; und dem praktischen Arzt Dr. Dr. Jacques Albrecht Lehm in St. Petersburg den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Die Privatdozenten in der medicinischen Facultät der Universität zu Königsberg Dr. Burom und Dr. Caspary sind zu außerordentlichen Professoren in derselben Facultät ernannt worden.

Berlin, 17. Juni. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte gestern mit Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin von Baden dem Gottesdienste im Dome bei. Heute ertheilte Ihre Majestät den Herren Karatheodory Pascha und Mehemed Ali Pascha die nachgesuchte Audienz.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] begab sich am Sonnabend früh 7 Uhr nach Potsdam zur Besichtigung des Garde-Gusaren- sowie des 1. Garde-Ulanen-Regiments und kehrte demnachst nach Berlin zurück. Um 1 Uhr nahm Se. Kaiserliche Hoheit den Vortrag des Generals von Albedyll entgegen. Nachmittags um 4 Uhr empfing Höchstderselbe im königlichen Schlosse die Kaiserlich türkischen Congress-Bevollmächtigten in Audienz und Abends um 8 1/2 Uhr den Ober-Präsidenten von Kahlwetter. Gestern Vormittag um 10 Uhr begab sich Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz zum Gottesdienste in die Garnisonkirche, nahm hierauf militärische Meldungen entgegen und begab sich um 1 Uhr Mittags nach Potsdam, woselbst um 6 Uhr im Neuen Palais ein größeres Diner stattfand. Abends 9 1/2 Uhr kehrte Se. Kaiserliche Hoheit nach Berlin zurück. (R.-Anz.)

[Der Aufruf der deutschen Fortschrittspartei zur Reichstagswahl] ist uns heute gekommen. Derselbe lautet:

Wähler! Der Reichstag ist aufgelöst. Die Neuwahlen stehen in wenigen Wochen bevor.

Nach den Erklärungen der Reichsregierung kommt es darauf an, Abgeordnete zum Reichstage zu wählen, welche der Socialdemokratie kräftig entgegenstehen.

Für die deutsche Fortschrittspartei ist dies keine neue Aufgabe. Sie hat von jeher in der vordersten Linie des Kampfes gegen die Socialisten gestanden. Von dem ersten Auftreten Lassalle's gegen Schulze-Delitzsch an bis in die letzten Tage des aufgelösten Reichstages ist sie stets einer Partei entgegengetreten, von der sie sofort erkannte, daß deren Bestrebungen unvereinbar seien mit der politischen und gesellschaftlichen Ordnung der Nation, verderblich für die wirtschaftliche Entwicklung und die Freiheit des Ganzen, wie jedes Einzelnen. Die Fortschrittspartei hat den Kampf gegen die Socialdemokratie aufgenommen zu einer Zeit, wo es noch zweifelhaft erschien, ob nicht die Regierung sich des Beistandes derselben gegen die Liberalen verschreiben wollte. Sie hat den Kampf geführt vor den Wählern in der Presse, in den Parlamenten. Sie wird auch nicht müde werden, den Kampf mit Nachdruck und Entschiedenheit fortzusetzen, und den Ehrenposten, auf welchen sie in demselben getreten ist, zu behaupten.

Die deutsche Fortschrittspartei erwartet einen bleibenden Sieg der staatsbehaltenden Kräfte nur auf dem Boden des gemeinen Rechtes. Sie verlangt von der Regierung rasche und starke Niederwerfung jedes Versuches einer gewaltsamen Bedrohung der Rechtsordnung, strenge und unparteiische Handhabung der Gesetze gegenüber jeder Ausschreitung. Sie ist bereit, jede Vorlage der Regierung vorurtheilsfrei zu prüfen, welche Verbesserungen der bestehenden Gesetzgebung in dieser Richtung erstrebt.

Aber die Fortschrittspartei muß es ablehnen, den Gegensatz der Klassen, wie ihn die Socialdemokratie thatsächlich aufreißt, gesetzlich anzuerkennen. Nach ihrer Ueberzeugung würde die Geschichte auch diesmal keine Ausnahme machen von der Lehre, die sie predigt, daß eine Bewegung der Geister mit geistigen Mitteln zum Stillstand gebracht werden muß, und eine Rückkehr der Gesetzgebung zur Rechtsungleichheit und damit zur Ungerechtigkeit und Willkür eine solche Bewegung eher schüren und aus der Dessenlichkeit in das Geheimniß gefährlicher Verschwörung zwingen würde.

Auch über diesem Kampfe wird die deutsche Fortschrittspartei wie bisher niemals vergessen, alle diejenigen Einrichtungen kräftig zu fördern, welche die Hebung der Arbeiter in wirtschaftlicher, intellectueller und sittlicher Beziehung bezwecken.

Was wir bekämpfen, ist die Geltendmachung von Sonderinteressen, durch welche Staat und Gesellschaft zerstückt werden.

Darum treten wir allen Versuchen entgegen, welche das derzeitige Darniederliegen unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zur Bildung einseitiger Interessensparteien benutzen möchten, um gleich der Socialdemokratie für ihre nicht selten durch eigene Schuld geschädigten Interessen Staatshilfe auf Kosten aller Uebrigen zu fordern.

Nur allzusehr wird das notwendige Ansehen der Gesetze und der Staatsgewalt auch durch solche Parteilungen untergraben, welche unter conservativer Firma die heute unter der Sanction des Kaisers und der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers erlassenen Gesetze morgen im angeblichen Interesse derselben Staatsautorität als die Quelle alles Uebels verächtlichen.

Die volle Autorität des Gesetzes und der Staatsgewalt wird nur dann gesichert werden, wenn nicht nur die Parteien, sondern auch die Regierungen von der Ueberzeugung sich durchdringen lassen, daß die Kraft des politischen Handelns nicht im beständigen Kampfe, sondern im engsten Zusammenwirken mit der Mehrheit der Volksvertretung beruht.

Nach wie vor hält unsere Partei an der Ueberzeugung fest, daß der Ausbau des jungen Deutschen Reiches nur auf den Grundlagen staatsbürgerlicher und wirtschaftlicher Freiheit, gleichen Rechtes und parlamentarischer Verfassung erfolgen kann. Hier liegt die Macht, welche die Gefährdungen des Augenblickes überwinden und den zugleich starken und freien Staat über alle Umsturzgefahren triumphieren lassen.

Wähler! Die Wahlen fallen in eine Zeit, wo die Nation ihre Ehre angetastet sieht durch zwei kurz auf einander folgende Mordversuche gegen das geheiligte Haupt ihres Kaisers. Aber die Treue, Hingebung und Verehrung, welche das deutsche Volk dem Kaiser weilt, bekunden zugleich, wie fest das Deutsche Reich in den Herzen seiner Bürger verankert ist.

Im vollen Einklang dieser Gefühle weist die deutsche Fortschrittspartei mit Entrüstung jeden Versuch zurück, die tiefgehende Bewegung dieser Tage zu Gunsten einseitiger Parteilungen und reactionärer Bestrebungen auszubedenken.

Wähler, vergeßt nicht über der Erregung des Augenblicks, daß der neue Reichstag nicht bloß berufen sein wird, Maßnahmen gegen die Socialdemokratie zu beraten, sondern daß er für drei lange Jahre gewählt, in diesem Zeitraume die schwerwiegendsten Fragen der wirtschaftlichen Ordnung, der Organisation der Reichsverwaltung und der künftigen Gestaltung des Militärdienstes zu entscheiden haben wird.

Es gilt den Volkshaushalt gegen neue Steuerbelastung, große Erwerbszweige gegen Beunruhigung durch bedenkliche Projecte, wie Tabaksmopol, Reichseisenbahnen u. s. w. sicher zu stellen.

Unsere Partei hat in allen diesen Fragen eine klare und offene Stellung eingenommen, und bedarf dafür keines neuen Programms. Am Volke ist es jetzt, der deutschen Fortschrittspartei im Parla-mente neue Kraft zu verleihen, um ihre alte feste Stellung gegen jeden Ansturm wirksam zu behaupten.

Berlin, 17. Juni 1878.

Namens der deutschen Fortschrittspartei:
Bernhardt. Böhner. Bürger. Bärten. Ebert.
Gysoldt. Grünhagen. Hänel. Max Hirsch. Hoffmann.
Hermes. Hausmann. Klop. Knörke. Karsten. Lan-
gerhans. Ludwig Löwe. Mendel. Parisius. Eugen
Richter. Runge. von Sacken-Julienfelde. L. Schwarz.
Straßmann. Schulze-Delitzsch. Träger. Virchow.
Wulfsheim. Zelle. Zimmermann.

[Der Wahlausruf der nationalliberalen Partei,] welcher uns gleichzeitig übermittelt worden ist, hat folgenden wesentlichen Inhalt:

„Die unerwartete Auflösung des Reichstages ruft die Wähler in schwerer Zeit zur Wahlurne.“

Unerhörte Freveltthaten sind an dem ehrwürdigen Haupte und Einiger der Deutschen Nation verübt. Eine tiefe Aufregung durchdringt das Deutsche Volk. Kummer, Scham und Zorn erfüllen alle Gemüther und werden noch gesteigert durch die in erschreckendem Umfange hervortretenden Zeichen einer weitverbreiteten Verirrung und Verwirrung.

In Folge einer gewaltigen, alle Culturländer umfassenden, von der Gesetzgebung einzelner Länder unabhängigen Krisis und des orientalistischen Krieges liegen Handel und Gewerbe noch immer darnieder, die Besitzenden und die arbeitenden Klassen leiden gleichmäßig unter dem schweren wirtschaftlichen Drucke.

Politische und confessionelle Kämpfe lähmen die einheitliche Kraft der erhaltenden Elemente.

Die politische Organisation des Deutschen Reiches ist noch nicht erstarkt. Das Finanz- und Steuersystem harret einer umfassenden Reform.

In dieser Lage ergeht die Aufforderung der Reichsregierung an die Nation, auf's Neue Vertreter zu entsenden, welche bereit und entschlossen sind, ihr Hilfe und Unterstützung zu gewähren in dem Kampfe gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie.

Unsere politischen Freunde werden auch im neuen Reichstage es als ihre Pflicht erachten, der Reichsregierung in der Vertheidigung der Grundlagen gesellschaftlicher Ordnung und staatlicher Sicherheit entschlossen zur Seite zu stehen, und überall, wo eine aufmerksame und energische Handhabung der bestehenden Gesetze nicht ausreicht, die erforderlichen gesetzlichen Vollmachten und Befugnisse ohne Schwanken gewähren.

Alle Vorschläge, welche darauf gerichtet sind, in wirksamer Weise die auf den Umsturz der bestehenden Rechtsordnung und die Zerstörung des bürgerlichen Friedens gerichteten Angriffe zu verhindern und abzuwehren, ohne die dauernden Garantien unserer schwer errungenen bürgerlichen Freiheit zu gefährden, werden unsere Unterstützung finden. Wir werden solche Gelegenheiten lediglich nach ihrem Wesen und ihrer Wirksamkeit prüfen. Eine gleiche Unbefangenheit setzen wir bei allen Mitwirkenden voraus und zweifeln daher nicht, daß die Einigung der gesetzgebenden Factoren gelingen werde.

Aber in voller Würdigung des Ernstes der Lage und der durch die Verhältnisse der Gegenwart unerläßlich gebotenen Maßregeln müssen die Wähler inmitten der jetzigen Erregung sich erinnern, daß der Nation unentbehrliche dauernde Rechte und Freiheiten nicht verloren gehen dürfen, daß eine sociale Krankheit zu heilen ist, nicht allein ihre gefährlichen Symptome zu unterdrücken sind, und daß eine wahre Heilung nicht von den Gesetzen allein zu erwarten, sondern durch die freie und thätige Mitwirkung aller Theile des Volkes bedingt ist.

Wir untererseits weisen gegenüber der gewaltigen, allen Freunden des Vaterlandes gleichmäßig gestellten Aufgabe jede einseitige Rücksicht auf das Parteilinteresse von uns. Wir werden auch in Zukunft lediglich nach unserer Einsicht von den Bedürfnissen des Landes handeln.

Die deutschen Wähler werden eingedenk bleiben, daß der nächste Reichstag auch berufen ist, eine große Anzahl anderer wichtiger Fragen zu lösen.

Es gilt, die Institutionen des Reichs in constitutionellem Sinne auszubauen und die Bedingungen einer stetigen und wohlwollenden Leitung der Regierung zu sichern.

Es gilt, mittelst einer planmäßigen Steuerreform das Reich durch Vermehrung der eigenen Einnahmen finanziell selbstständig zu machen und Esas für die ungleich belastenden Matricularumlagen zu schaffen.

Es gilt, für lange Zeit die Handelspolitik des Deutschen Reichs festzustellen.

Wir verlangen nach wie vor eine Steuerreform, welche zugleich die Verhältnisse des Reichs und der Einzel-Staaten berücksichtigt und nicht bloß eine Mehrbelastung des Volks herbeiführt. Wir verlangen ein Finanzsystem, welches die constitutionellen Rechte der deutschen Volksvertretungen wahrt. Wir werden Vorschlägen nicht zustimmen, deren Annahme große und blühende Erwerbszweige vernichten würde.

Die Zollfragen haben niemals einen Theil unseres politischen

Programmes gebildet. Ueber manche derselben gehen auch in un-fernen Reihen die Ansichten auseinander, aber einig sind wir darüber, daß die Handelspolitik nach festen Gesichtspunkten und dauernden Grundsätzen geleitet werden muß, daß nur das allgemeine Interesse des Landes bestimmend sein darf, und daß die großen Grundzüge der durch ein halbes Jahrhundert erprobten Politik nicht durch unsichere Experimente verdrängt werden dürfen.

An den Grundlagen der Verkehr, Handel und Gewerbe regeln-den Gesetze halten wir fest, doch wird uns dies auch in Zukunft nicht hindern, die bessernde Hand anzulegen, wo die Erfahrung Mängel oder Mängel klar gelegt hat. Insbesondere werden wir alle Maßregeln unterstehen, welche den Zweck haben, das geistige und materielle Wohl der arbeitenden Klassen zu fördern.

Die nationalliberale Partei, welche seit den ersten Tagen nation-aler Einigung bestrebt war, an der Errichtung und dem Ausbau des Deutschen Reiches auf den Grundlagen bürgerlicher Freiheit und Gerechtigkeit mitzuwirken, wird auch in Zukunft, allen Angriffen zum Trotz, ihren bisherigen Grundsätzen getreu bleiben.

Das Deutsche Volk wird, daß wir sicher, seine Entscheidung auch dies Mal mit Besonnenheit und Festigkeit treffen.

Berlin, den 16. Juni 1878.

Das Central-Wahl-Comite der Nationalliberalen Partei.

Dr. Ludwig Bamberger. von Benda. von Bennigsen. Georg von Bunsen. Fr. Dernburg. von Fockenberg. Dr. Friedr. Kapp. Kieffer. Lasker. Marquardsen. Miquel. H. B. Oppenheim. Pogge-Streit. Ricker. Freiherr Schenk von Stauffenberg. Stephan. Dr. Lehmann. von Unruh. von Wahl. Dr. Wache. Dr. Weigel.

Berlin, 17. Juni. [Die Wahlmanifeste der beiden liberalen Parteien.] Der Wahlausruf der nationalliberalen Partei, wie er aus der gestrigen Berathung des Centralwahl-Comites hervorgegangen, ist an die Journale versendet worden. Ein Commentar wird das Manifest der ausschlaggebenden Partei des Parlamentes kaum bedürfen, da es aus der Berathung seiner einflussreichsten Mitglieder hervorgegangen ist und so von selbst alle Versionen conservativer Journale widerlegt. Was immerhin bei den Wahlen von dem fog. rechten Flügel der Partei eine Anzahl Mitglieder abfallen, und mögen dem reactionären Zuge des gegenwärtigen Augenblicks sogar Einige folgen, die sonst unentwegt zur liberalen Sache hielten, so ist doch gewiß, daß der eigentliche Plan fehl schlug: die Partei zu sprengen. Es wurde eben, wie uns gesagt wird, im Central-Wahlcomite constatirt, daß die Absichten Derjenigen, welche auf die Sprengung der national-liberalen Partei speculirten, vollständig verfehlt seien. Die an das Central-Wahlcomite gelangten zahlreichen Rundgebungen der Parteilgenossen aus allen Theilen des Landes verlangen in erster Linie das Zusammengehen mit der Fortschrittspartei bei den Wahlen, um der Majorität im Parlament sicher zu sein. Es wird in diesen Zuschriften das schärfste Urtheil über die Freiconservativen gefällt, welche nationalliberale Wahlkreise zu erobern bestrebt sind und sich dabei aller Mittel bedienen, welche sonst nur die Feudalen gebrauchten. Die Fortschrittspartei ist von den Beschlüssen des nationalliberalen Wahlcomites unterrichtet und hat gleichfalls ihren (oben publicirten) Wahlausruf ausgegeben.

Berlin, 17. Juni. [Vom Congress. — Erlaß des Handelsministers an die Handelskammern und kaufmännischen Corporationen. — Termin der Einberufung des Reichstages. — Rechtsanwalts-Ordnung.] Die heutige zweite Sitzung des Congresses, welche die erste wirklich beratende ist, hat in den vertraulichen Vorbesprechungen der letzten Tage eine, wie man annehmen kann, sehr erhebliche und förderliche Vorbereitung gefunden. Diese Vorbesprechungen, bei welchen auch wohl vorzugsweise die Vermittelung zur Geltung kommt, dürften von eben so großer Bedeutung sein, wie die wirklichen formellen Verhandlungen selbst. Alle Angaben über die voraussichtliche Dauer des Congresses selbst im jetzigen Stadium sind durchaus gewagt und ohne sicheren Boden. Immerhin ist der Wunsch einer möglichst raschen Beendigung auf beiden Seiten vorhanden. — In einem Erlaß des Handelsministers werden die Handelskammern und kaufmännischen Corporationen auf die Pflicht aufmerksam gemacht, in ihren Kreisen die Erkenntnis zu verbreiten, daß der Stand der Arbeitgeber nicht nur eine dringende patriotische Anforderung erfüllt, sondern auch seinen eigenen Interessen dient, wenn er den natürlichen Einfluß, welchen er auf die Arbeiter ausüben vermag, in entschiedener und planmäßiger Weise dazu benutzt, um, selbst unter Hintansetzung augen-blicklicher Geschäftsinteressen, die socialdemokratische Agitation zu bekämpfen. Namentlich macht der Minister darauf aufmerksam, daß jeder Arbeitgeber im Stande ist, durch gehörige Beaufsichtigung der Arbeitsräume dafür zu sorgen, daß das Zusammenfein der Arbeiter in den letzteren nicht zum Vertheilen oder Vorlesen von socialdemokratischen Zeitungen und Schriften gemißbraucht werde und daß solche Elemente, welche die socialdemokratischen Lehren zu verbreiten suchen, aus den Fabriken und Werkstätten entfernt werden.

In Bezug auf den Termin der Einberufung des Reichstages und die dem neugewählten Reichstag zu unterbreitenden Vorlagen habe noch keine abschließenden Erörterungen in den in Betracht kommenden Kreisen stattgefunden. Es beruhen daher alle über diese Punkte gemachten Angaben auf Combinationen. Bei der Rücksicht auf diese Sachlage kann auch der Beginn der Ferien für den Bundes-rath noch nicht angegeben werden. — Nachdem die Verhandlungen zwischen der Reichsverwaltung und dem preussischen Staatsministerium, namentlich dem Justizministerium, über die Rechtsanwaltsordnung zum Abschluß gelangt sind, wird sich am 18. d. M., also morgen, der Ausschuß des Bundesraths für Justizwesen unter Vorsitz des Staats-secretsärs Frieberg mit diesem Gegenstand beschäftigen. Das Resultat der Verhandlungen ist als durchaus günstig für das Schicksal der Vorlage im Bundesrath und Reichstag zu bezeichnen.

[Eine Warnung.] In der Wochenschrift des „Deutschen Vereins“ wird unter dem Motto: „Herz warm, aber Kopf kalt!“ nachstehende Warnung für den Wahlkampf veröffentlicht: „Es ist wahrlich keine leichte Aufgabe, inmitten der allgemeinen Ausbrüche des Schmerzes, des Zornes und der Wuth über die unselige Partei, die einen Födel, einen Nobiling gebären konnte, den

Kopf oben zu behalten. Wie leicht in der nur zu berechtigten Aufwallung das Herz mit dem Kopf davonläßt, das zeigen die leidenschaftlichen Anklagen und Beschuldigungen, welche jetzt die Mitglieder nahegelegener Parteien, ja sogar die Angehörigen einer und derselben Partei gegen einander erheben. Gerade im gegenwärtigen Augenblick, zumal nach der Auflösung des Reichstags, thut nichts mehr noth, als enges, festes Zusammenhalten der liberalen Partei. Die nationalliberale Partei wird sich in keiner Weise ihrer Pflicht entziehen, wie sie dieselbe bisher nach bestem Wissen, wenn auch mit schwerem Herzen, erfüllt hat. Aber man bleibe ihr vom Leibe mit thörichten Insinuationen! Nur leidenschaftliche Verleumdung, oder bewußte Vöthlichkeit kann es auszusprechen wagen, daß das zweite Attentat ein Beweis sei für den Fehler der Haltung der Nationalliberalen, mit anderen Worten, daß das Attentat hätte verhindert werden können, wenn sie dem Gekentwurf zur Abwehr socialdemokratischer Ausschreitungen zugestimmt hätten. Eine tüchtige Erwägung der Umstände gelangt zu einem ganz anderen Resultate. Anstatt jetzt mit Fingern auf die Nationalliberalen zu weisen, sollten die Einbringer und Förderer jenes Gekentwurfes vielmehr Gott danken, daß er nicht Geseh geworden. Bittert ihr denn nicht, möchte man sie fragen, vor der Verantwortung, die ihr jetzt zu tragen hättet, wenn das Geseh durchgegangen wäre? Würde nicht die ganze Welt gesagt, ja, würdet ihr nicht selbst gedacht haben, das Attentat sei die Folge jenes Gesehs, gleichsam das Echo aus dem Walde, das unmittelbar den Ruf wiedergab, der hineingegangen war? Gegen Mordmörder schickt kein Geseh. Wenn es die Absicht der socialdemokratischen Partei sein sollte, einen Mordgesellen nach dem andern auf die gekronten Häupter und auf die „Großen“ überhaupt loszulassen, so wird ein gegen die Partei erlassenes Geseh die wahnsinnige Wuth, aus der eine solche Absicht hervorginge, schwerlich befähigen. Nur jetzt keine Verdächtigungen! Einig sind wir alle von Richter bis Wolff, Schüler an Schulter gegen die Socialdemokraten als die Vergifter der Volkseele Front zu machen, einig darin, daß jeder mit seinem Leibe das Leben unseres eben so innig geliebten wie hochverehrten erlauchten Kaisers schützen würde, wenn er könnte — aber jeder sich eines reinen Willens und eines klaren Kopfes bewußt ist, hat ein Recht, zu verlangen, daß man ihn nicht berunglimpfe, wenn er sich durch nichts in der Welt bestimmen läßt, Maßregeln zuzustimmen, die wider sein Gewissen gehen. Die Partei erwartet, was man von ihr verlangen wird. Sie wird ihre Schuldigkeit thun. Thue sie jeder in seinem Kreise, aber es suche nicht jeder, die Freunde des Vaterlandes untereinander zu verhehen!

Dresden, 17. Juni. [Vom Hofe.] Aus Anlaß des silbernen Ehejubiläums des Königs paares ist gestern Abend Prinz Eulrich von Bayern, heute früh Prinz Albrecht von Preußen und im Laufe des Vormittags Erzherzog Wilhelm von Oesterreich hier eingetroffen. Erwartet werden noch der Großherzog von Baden, der Großherzog und die Großherzogin von Sachsen-Weimar, der Graf und die Gräfin von Flandern, der Herzog von Sachsen-Altenburg, der Fürst von Reuß, der Erbprinz von Hohenzollern. Auch der päpstliche Nuntius aus München ist hier eingetroffen. — Am Sonnabend Nachmittag empfangen die Majestäten in Pillnitz eine aus gegen 1700 Schülern mit 150 Lehrern bestehende Deputation aus der Umgegend von Dresden, am Abend concertirte die Dresdener Liebertafel in Pillnitz. Gestern Nachmittag fand daselbst ein aus 3000 Theilnehmern bestehender ländlicher Festzug statt, welchem an 18,000 Zuschauer beiwohnten; darauf brachten die vereinigten Leipziger Universitäts-Gesangsvereine „Paulus“ und „Arion“ eine gesangliche Huldigung dar. Heute Vormittag empfangen die Majestäten im hiesigen Schlosse 31 Deputationen aus dem Lande zur Beglückwünschung und 14 Deputationen, welche Ehrengaben überreichten. Heute Abend findet eine große Parade der Bergleute statt. Die Dampfschiffe haben gestern zwischen hier und Pillnitz über 35,000 Personen befördert; es hat sich keinerlei Unfall und keinerlei Störung zugezogen.

Italien.

Rom, 10. Juni. [Die neueste Broschüre Bertani's.] Im Zusammenhange mit der parlamentarischen Evolution vom 7. Juni, schreibt man der „N. Ztg.“, erhält die vor einigen Tagen ausgegebene Broschüre „L'Italia aspetta“ des Chefs der republikanischen Fraktion in der Kammer, Dr. Bertani, eine Bedeutung, die man ihr unter anderen Umständen kaum zugeschrieben hätte. Bertani ist ein Mann von Bildung, von vielem Scharfsinn, großer politischer Erfahrung und einer in Italien nicht gewöhnlichen Festigkeit und Entschiedenheit des Charakters. Ob ihn die politische Doctrin oder die herzlich schlechte Administration Italiens zum Republikaner gemacht hat, wage ich nicht zu entscheiden; genug, daß er das Oberhaupt des kleinen Häufleins der Republikaner in der italienischen Kammer geworden ist. Praktischer als Saffi und als die republikanischen Föderalisten Campanella und Alberto Mario, welche den Verfassungseid verweigern, ist er Unitarist und hat den Verfassungseid ohne Vorbehalt geleistet, um acito wirken zu können. Ich zweifle nicht, daß die Republik als politisches Ideal anstrebt, aber ich glaube, daß er sich schließlich, wie so mancher Andere, mit der Monarchie abfinden wird, und daß, wenn er eines Tages Minister werden sollte, er seine Stellung nicht zum Nachtheil der Monarchie missbrauchen würde. Seine Broschüre liest sich wie ein Discours-ministre; freilich man darin gewisse republikanische Phrasen aus, könnte man sagen, daß Spaventa sie geschrieben habe. Vieles ist ganz verständlich und unerschrocken gemüthigt. Sein Italien, oder richtiger gesagt, Bertani selbst erwartet, daß Cavour für Italien alles das Gute thue, welches seine Vorgänger unterlassen haben. Im König Humbert fürchtet er nicht auf Hindernisse zu stoßen und hat Vertrauen auf dessen Freisinn und Loyalität. Was Bertani fordert, sind die taufendfältig besprochenen, versprochenen und nicht durchgeführten politischen, ökonomischen und administrativen Reformen und die Kleinigkeit von zwei Milliarden für Eisenbahnen und Gassen. Leider wird weder Cavour, noch Bertani selbst, wenn er Minister wäre, alle diese Forderungen erfüllen. Aber nicht im Ausmaße dieser Forderungen liegt das Programm Bertani's, sondern in seiner Grundansicht, daß Alles durch die Regierung für das Volk geschehen soll, und daß er von dem Volke selber weder etwas Wesentliches fordert, noch erwartet. Deshalb nennt ich ihn einen Autoritarier gleich Spaventa; und halte ihn für weit weniger liberal als Spaventa. Alles für das Volk und nichts durch das Volk, ist aber eine sonderbare Demokratie, die eine höchst verdächtige Aehnlichkeit mit Cäsarismus hat, ohne es vielleicht selbst zu ahnen. Obgleich die alte Rechte die Broschüre Bertani's zurückweist, behagt der Linken deren Sprache doch nicht, weil Bertani trotz der republikanischen Phrasologie, das souveräne Volk im Großen doch nur als eine willenlose Herde ansieht, die nur in der starken Hand des selbstbewußten, verständigen Führers als Werkzeug brauchbar ist. Die parlamentarische Evolution, die sich jüngst vollzog, ist schließlich nichts als die Anerkennung der Thatsache, daß die alten Parteien, zu dem Bewußtsein der inneren Unhaltbarkeit ihrer bisherigen Stellung und der Unmöglichkeit ihres Windmühlkampfes gekommen sind, so daß ihnen nichts mehr zu sagen erübrigt als „Embrassons-nous et que cela finisse.“ Niemand aber wäre froher, wenn er von diesen Windmühlkämpfen nicht mehr zu sprechen hätte, als Ihr Correspondent.

Frankreich.

Paris, 14. Juni. [Die große Revue. — Mac Mahon.] — Vom Congreß. — Zum Tode des Königs von Hannover. Die große Revue vom 20. Juni verspricht glänzend auszufallen, und der Marschall Mac Mahon hofft, vor seinen fürstlichen Gästen mit der Pariser Armee Ehre einzulegen. Im Elysée herrscht überhaupt jetzt eine gehobene Stimmung. Mac Mahon, so erzählt man, ist lebhaft dadurch betroffen worden, daß die fremden Prinzen sich in verschiedenen Unterredungen mit dem Marschall-Präsidenten

erkenntend über die verständige und patriotische Haltung des republikanischen Ministeriums ausgesprochen haben und er äußerte seinerseits gegen Dufaure und dessen Kollegen wiederholt die Absicht, seiner constitutionellen Rolle künftig vollkommen treu zu bleiben und sich nicht durch die Einküßlungen der bekannten Coterie irre machen zu lassen. Er scheint also endlich begriffen zu haben, was sein wahres Interesse von ihm erheischt. — Die Nachrichten aus Berlin lauten fortwährend sehr befriedigend. Man will wissen, daß Fürst Bismarck die Erklärungen Waddington's in der Kammer von Versailles und insbesondere die Sympathien, welche der französische Minister für die Griechen an den Tag gelegt, durchaus gebilligt habe. Mit Beifall wird die Mittheilung angenommen, daß der deutsche Kanzler die Ueberführung der Leiche des Königs Georg von Hannover sofort veranlaßt hat. Man glaubt auch hier, der Erbe des Königs sei entschlossen, sich mit der deutschen Regierung auszusöhnen, die letztere werde daraufhin ihm das Vermögen seines Vaters ausliefern und keine Schwierigkeit mehr dagegen erheben, daß der Herzog von Braunschweig ihn zu seinem Erben ernenne. — Bei Ueberführung der Leiche nach dem hiesigen Nordbahnhof soll, wie es heißt, eine Trauerfeier stattfinden. Das Programm derselben ist aber noch nicht festgestellt.

[Französisches Bundesturnfest.] Die französischen Turnvereine haben am 9. und 10. dieses Monats ihr IV. Bundesturnfest unter Theilnahme auch fremdländischer Turner zu Paris abgehalten. „Das diesjährige Fest ist — so hieß es in der vom 5. April datirten Einladung — von außerordentlicher Wichtigkeit, und sein Gelingen wird einen mächtigen Aufschwung des Turnwesens in Frankreich zur Folge haben. Während der Dauer der Weltausstellung wird Paris der Sammelplatz von Frankreich sein; die Gymnastik tritt da vor die Augen des Publikums und sie soll sich ihrer Würde zeigen.“ Das Fest scheint nach einer der „Tribüne“ zugesandten Correspondenz im Allgemeinen den daran geknüpften Hoffnungen entsprochen zu haben. Im Tuileriepark unter den Kastanienbäumen, unter welchen in früheren Tagen der dritte Napoleon spazieren zu gehen pflegte, fand diese „fête des sociétés de gymnastique“ statt. Es waren im Ganzen etwa 1000 Turner erschienen, unter ihnen auch Schweizer, Italiener, Belgier und Luxemburger, dann eine kleine Anzahl Engländer und auch Elsch-Lohbringer; endlich ein russischer und ein spanischer Turnverein. Trotz störenden Regens wurde an beiden Tagen eifrig geturnt, am ersten Tage mehr in Massenübungen, am zweiten in Einzelübungen. Die französische Regierung hat dieses internationale Turnfest, das sonst weder einen republikanischen noch überhaupt politischen Charakter hatte, gebilligt, weil sie das deutsche Turnwesen in Frankreich einzuführen wünscht, und weil die Leute, die heute in Paris an der Spitze sind, sehr wohl wissen, daß die derzeitige Generation eine physische Aufbesserung sehr nöthig hat.

Paris, 15. Juni. [Vom Congreß. — Zu den nächsten Deputirten-Wahlen. — Die Clericalen und Taine.] — Eine Scene aus dem Leben des General Baraguay d'Hilliers. — Zum Weltausstellungs-Feste. — Mac Mahon.] Aller Augen werden auf Berlin gerichtet. Obgleich die sehr ausführlichen Telegramme aus der preussischen Hauptstadt durchgängig einen anerkennenden Anstrich haben und gewissermaßen nur die pittoreske Seite des Congresses schildern, so fühlt man doch aus ihnen heraus, daß in den politischen Kreisen von Berlin und unter den Congreßmitgliedern selber eine mehr und mehr optimistische Stimmung zur Herrschaft gelangt und so geht man sich auch hier den schönsten Friedenshoffnungen hin. — Was die innere Politik angeht, so beginnen die Blätter sich mit den bevorstehenden Deputirten-Wahlen zu beschäftigen, von welchen 22 auf den 7. Juli und 2 auf den 14. Juli fallen. Für die 22 Bezirke hat die Wahlperiode schon begonnen und es ist bereits ersichtlich, daß die antirepublikanischen Gruppen, die Legitimisten, Orlanisten, Bonapartisten und die Clericalen ohne bestimmte Parteifarbung entschlossen sind, zusammenzuhalten. In Bordeaux z. B., werden die Royalisten, die Freunde des Grafen von Chambord, für den jüngst invalidirten Jérôme David stimmen. Jérôme David gehört aber bekanntlich zu den eifrigsten Anhängern des Kaiserreichs und alle seine Anstrengungen gehen dahin, den napoleonischen Thron wieder aufzurichten. Allerdings suchen die Legitimisten sich zu entzünden. Sie erklären, daß es sich hier nicht um die politischen Principien handle, sondern bloß darum, gegen die Gewaltthätigkeit der republikanischen Kammermehrheit, die ihre Gegner massenweise wieder alles Recht aus der Landesvertretung ausgestoßen habe, zu protestiren. Man mag von dieser Entschuldigung denken, was man will, die Thatsache steht fest, die Legitimisten stimmen für das Kaiserreich. Ueberhaupt wird es von Tag zu Tag mehr ersichtlich, daß die monarchischen Parteien und die Clericalen kein anderes Princip mehr kennen, als den Haß gegen die Republik. — So ist es geradezu komisch zu sehen, wie die ultramontanen Blätter sich über die Niederlage Taine's in der Akademie ereifern. Zu anderen Zeiten würden sie jedenfalls diesen berühmten Kritiker und Philosophen als einen Materialisten in die Hölle verdammt haben. Herr Taine selber mag nicht wenig über die Zärtlichkeit, welche das „Univers“ und die „Union“ ihm bewiesen, erstaunt sein, aber er hat sich mißbilligend über die Republikaner der großen Revolutionsperiode vernehmen lassen, und das genügt, um ihn von allen Repetitionen zu absolviren. — Die Bonapartisten haben bei dem Tode des Marschalls Baraguay d'Hilliers viel Ruhmens von diesem Soldaten, den sie als einen der übrigen betrachten, gemacht, sie haben es aber unterlassen, von einem Vorfall zu sprechen, bei welchem dieser Marschall theilhaftig war und der bisher nicht zur Genüge aufgeklärt worden. Wie man weiß, wurde bei Beginn des Krieges von 1870, als sich der Marschall Sanrobert zur Armee begab, an seiner Stelle Baraguay d'Hilliers zum Commandanten der Pariser Garnison ernannt. Als solcher war er z. B. in dem Hofe des gesetzgebenden Körpers, als diese Versammlung am 9. August wieder zusammentrat und alle damaligen Deputirten erinneren sich, ihn dort gesehen zu haben. Aber bald nach der Bildung des Ministeriums Palikao wurde er plötzlich durch den General Soumain ersetzt; unter welchen Umständen, erzählt der General Soumain, wie folgt: „Am 11. August wurde ich zum Nachfolger Baraguay d'Hilliers ernannt. Der General Montebello überbrachte mir persönlich das im Ministerrath ausgefertigte Decret. Ich sollte das Commando auf der Stelle übernehmen. Ich bemerkte dem General Montebello, daß ich doch den Marschall nicht zur Thür hinauswerfen könne, worauf er mir erwiderte: Gerade weil das geschehen muß, habe ich selbst Ihre Ernennung überbracht, sonst hätte ein einfacher Ordonnanz-Officier Ihnen dieselbe zugestellt. Der Befehl muß sofort ausgeführt werden. — Ich fühlte nicht den Muth, dem braven Marschall Baraguay d'Hilliers diesen Kummer zu bereiten, aber da der General Montebello auf seiner Forderung bestand und ich gehorchen mußte, bat ich ihn, mich zu begleiten und selbst dem Marschall die Situation darzulegen. Als wir bei Baraguay d'Hilliers eintraten, wurde dieser von meinem Gesichtsausdruck betroffen und fragte, ob ich einen Verdruß gehabt habe. Ich sagte: ja, und zeigte ihm den Befehl. — Ach, gut, sagte er, man schmeißt mich hinaus. — Marschall, erwiderte ich, ich wäre nicht auf diese Art gekommen, wenn nicht mein Camerad Montebello mir gesagt hätte, daß ich das Commando auf der Stelle übernehmen müßte. — Also übernehmen Sie es und geben Sie sich wohl! und damit nahm er seinen Hut und ging von dannen.“ Diese Geschichte, bemerkt die „Republique Française“, ist sonderbar genug. Wie kommt es, daß man sich so schnell eines so energischen und festen Mannes, wie Baraguay d'Hilliers, zu entledigen suchte. Man konnte nicht daran zweifeln, daß er kräftig die Ordnung aufrechterhalten und den gesetzgebenden Körper

gegen etwaige Angriffe schützen werde. Bereitete man vielleicht in der Umgebung der Kaiserin und des Generals Palikao irgend eine Operation vor, für welche man nicht auf die Mischgalt Baraguay d'Hilliers zu rechnen wagte? Dachte man schon an die freiwillige oder unfreiwillige Abdankung des Kaisers? Zu Gunsten der Regentin mit Palikao als Generalleutnant? Wenn die Journale von Chislehurst hierüber einige Aufklärung geben wollten, so würden sie den künftigen Geschichtsschreibern des Kaiserreichs einen Gefallen thun. — Das große Ausstellungsfest ist jetzt, wie es scheint, definitiv auf den 30. Juni festgesetzt; wir sagen, wie es scheint, denn dies ist das dritte definitive Datum, von dem wir hören. Der Minister des Innern hat ein Rundschreiben an die zwanzig Bürgermeister von Paris gerichtet, worin er ihnen die erforderlichen Vorschriften erteilt, damit das Fest in allen Stadttheilen zu seinem höchsten Glanze komme. Das offizielle Programm ist schon veröffentlicht, und darnach wird am 30. Juni der Tuileriegarten, die Avenue der Champs Elysées mit dem Triumphbogen und das Boulogner Gehölz einen feenhaften Anblick darbieten. Hoffentlich thut nicht der Himmel den Reactionären den Gefallen, die ganze Illumination zu nichts zu machen. Die Ausstellung hat nun seit langen Wochen schon unter dem schlechten Wetter gelitten und die Pariser dürfen auf eine kleine Entschädigung Anspruch machen. Dem Regen zum Trost erhielten sich jedoch in den letzten Tagen die Einnahmen der Ausstellung auf einer anständigen Höhe, und nach den sechs ersten Wochen zu schließen, wird die Gesamt-Einnahme für die Eintrittskarten sich etwa auf 14 Millionen belaufen. Man hatte sie zuerst auf 6 und dann auf 10 Millionen veranschlagt. Die Gesamtkosten der Ausstellung belaufen sich auf etwas über 45 Millionen Franken, 10 Millionen mehr, als Anfangs berechnet worden. Zu der erwähnten Einnahme von 14 Millionen kommen noch folgende Einnahmen: 7 Millionen aus dem Verkauf der Baumaterialien auf dem Champ de Mars, 6 Millionen Subvention der Stadt Paris, 3 Millionen Kaufpreis für das Palais des Trocadero, welches bekanntlich von der Stadt übernommen wird 3¼ Millionen als Pachtzins für die verschiedenen Cafés und Restaurants, 1 Million von den Einnahmen der Trocadero-Concerte, Summa 34¼ Millionen, so daß sich das Deficit also nicht ganz auf 10 Millionen belaufen wird. — Der Marschall Mac Mahon speist heute Abend mit dem Königin von Spanien bei dem spanischen Gesandten. Seit dem Ende der Maistris hatte Mac Mahon sich beständig geweigert, außerhalb des Elysée zu dinnern.

Großbritannien.

A. A. C. London, 14. Juni. [Zur Vertheidigung von Queenstown und Harwich.] Die Blätter melden, daß die Vorbereitungen zur Vertheidigung von Queenstown und Harwich, durch ein System unterseeischer Minen complétirt worden sind. Da die Marine keine verfügbaren Schiffe für diesen Torpedo-Dienst besaß, so hat die Admiralität die nöthigen Dampfschiffe und Leuchtschiffe in Hull Greenock und anderen Häfen auslaufen lassen.

[Socialisten-Versammlung.] Am Mittwoch Abend fand in den Blue Posts, Kirby Street, Hulton Garden eine weitere Socialisten-Versammlung statt. Der Vorsitzende (Herr Schneider) protestirte gegen die in England vielfach verbreitete Meinung, daß die Socialisten in irgend welcher Weise an den Mordversuchen gegen den deutschen Kaiser theilhaftig gewesen seien. So wünschenswerth den Socialisten auch eine Aenderung der Regierungsform erscheinen mag, welche dem Wohle des Volks zu gut kommen würde, so hätten dieselben doch niemals geglaubt, ihre Ziele durch die Rache oder das Messer fördern zu können. Eine Resolution, welche jede Sympathie mit den beiden Personen, die das Leben des Kaisers bedrohten, zurückweist, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Provinzial-Beitrag.

+ Breslau, 17. Juni. [Praktische Stenographen-Gesellschaft.] Am 14. Juni, Abends 8 Uhr, fand im Minoritenhofe auf der Schweibitzerstraße eine geschäftliche Sitzung statt, in welcher nach Verlesung und Annahme des Protokolls der letzten Sitzung zwei neue Mitglieder aufgenommen wurden. In der demnachst abgehaltenen Schriftführerwahl wurde Eisenbahn-Bureau-Assistent Knoblich gewählt und auch von diesem die Wahl angenommen. — An Vorträgen wurden in letzter Zeit gehalten von Buchdrucker Albert Hoffmann über „die mathematischen Grundformen der Stolze'schen Schriftzeichen“, mit einer Einleitung, welche ein kurzes Resümé gab über die Bestrebungen der einzelnen Völker, die überlieferte Schrift, dem Bedürfnis entsprechend, zu vereinfachen. Die Art und Weise, in welcher dabei die auf diesem Felde thätigen Griechen und Römer vorgingen, illustrierte der Vortragende durch Anführung einiger besonders interessanter Ligaturen und Abkürzungen, diesen erthen, dem Alterthumsforscher oft schon so viel Schwierigkeiten bereitenden Schriften auf dem Gebiete der Schriftvereinfachung. — Der Vorsitzende der Gesellschaft G. Hoffmann sprach über „die Stenographie im Dienste des Kaufmanns“ und „die praktische Brauchbarkeit der Stenographie nach dem vereinfachten System von Stolze.“ — Endlich wurde noch beschlossen: Sonntag, den 7. Juli, bei günstigem Wetter einen Ausflug mit Gästen nach dem Rummelsberge bei Strehlen zu unternehmen.

D. [Acht Zeitpredigten an den Königsgeburtstagen der Jahre 1870 bis 1877 in der evangelischen Kirche zu Gleiwitz in Ober-Schlesien gehalten von F. Schulze, jetzt Pastor in Görlitz. Zum Besten des evangelischen Waisenhauses (Schulze'sche Stiftung) in Gleiwitz. Berlin 1878, Verlag von Ludwig Raub.] Recht zu gegebener Zeit hat der als tüchtiger Kanzelredner bekannte Verfasser diese Predigten erscheinen lassen; es sind nach Form und Inhalt vorzügliche Leistungen. Neben der politischen Bedeutung unseres Königsbauses, vor Allem unseres verehrten Kaisers, wird immer auch die religiös-sittliche hervorgehoben. Jetzt, wo nach freibethätigten Thaten die Liebe des Volkes zu einem Herrscherbause, das seines Gleichen in der Geschichte nicht hat, sich in ihrer ganzen Größe gezeigt, ja wo es möglich war, noch eine Steigerung erfahren, werden diese „Zeitpredigten“ eine vielen willkommenen Gabe sein. Möge der gute Zweck, dem sie außerdem noch dienen wollen, durch weite Verbreitung erreicht werden.

L. Liegnitz, 16. Juni. [Reichstagswahl. — Pastoral-Conferenz. — Matrose vom „Großen Kurfürsten“. — Robbeiten.] Die traurigen Ereignisse der letzten Wochen und deren Folge, die Auflösung des Reichstags, scheinen auch hier die Hoffnungen der Reaction wach zu rufen. In einem „Eingefand“ der gestrigen Nr. unseres Stadtblattes wird ein Bruchstück aus einer von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Lasker in der Reichstags-Sitzung vom 17. April 1877 gehaltenen Rede citirt, in welcher es u. A. heißt: „Wenn heute der Arbeiter sich fühlt, wenn er jetzt anfängt, gegen jeden ihm Vorgesetzten anzutreten, wenn er die volle Gleichheit will, und wenn diese Bewegung auch ein wenig überschäumt in der Art, wie dieselbe social-demokratisch jetzt betrieben wird, so ist dies nichts Anderes, als das Erwachen des allgemeinen menschlichen Gefühls, welches wir durch unsere Gesehgebung hervorgerufen und befestigt haben. Darauf, meine Herren, sind wir stolz.“ u. s. w. Daran knüpft der Eisenberg den Wunsch, daß ein der gemäßigtesten conservativen Partei angehöriger, das öffentliche Vertrauen genießender Mann sich mit einem der gemäßigtesten liberalen Richtung zugehörigen Manne vereinige, um alle diejenigen ihrer Parteigenossen, welche diesen Stolz der Reichstagspartei Lasker nicht für berechtigt anerkennen, zu einer öffentlichen Versammlung beider Bildung resp. Wahl eines Wahl-Comités für den Wahlkreis Liegnitz-Görlitz zu berufen. — Ferner enthält die heutige Nummer des „Stadtblattes“ ein von Herrn Staatsanwalt Hoffmann, unserem Landtags-Abgeordneten, unterzeichnetes Eingefand folgenden Inhalts: „Für venetianische Abgeordnete sollte von unserem Wahlkreise in den Reichstag geschickt werden, welcher verspricht, dahin zu wirken und zu stimmen: 1) daß die Regierung die in ihrer letzten, leider abgelehnten Vorlage geforderten Vollmachten der Bekämpfung der Socialdemokratie erhält, 2) daß die directen Steuern vermindert, die indirecten Steuern ausgiebig vermehrt werden, ohne Zerstörung bestehender Industrien, 3) daß unser bisheriges Handels-System so weit modificirt wird, wie dies der Grenz-Sperre im Osten und Süd-Osten entspricht, 4) daß der Vernehrung der Schankstätten jeder Art wirksam entgegen getreten, 5) daß die Theaterfreiheit, die Eingetragene-Wirtschaft aufgehoben, die Colportage von Schriften beschränkt und beaufsichtigt wird, 6) daß im Uebri-

gen an den ergangenen freisinnigen Gesetzen, speciell an denjenigen kirchlicher Natur, nicht gerührt wird. — Ohne jede Rücksicht auf bisherige Parteifarbe und Stellung sollten besonnene Männer dieser Richtung zusammenzutreten und mit möglichst imponierender Majorität dem vorliegenden angedeuteten Programm zum Siege verhelfen. Kaufliche sich darüber Niemand, daß unsere bisherigen Parteiverhältnisse keine Beständigkeit mehr versprechen. Es muß und wird sich eine neue große Mittelpartei bilden mit Ausschluß aller doctrinären Elemente, welche staatskrieger und freisinnig (?) der beste Schutzwall gegen eine „Reaction“ im historischen Sinne dieses Wortes (!) sein wird. — Dem Vernehmen nach beabsichtigt Herr Staatsanwalt Hoffmann gegen den bisherigen Reichstagsabgeordneten Quos in unserm Wahlkreise zu candidiren. — Am 12. Juni wurde hier selbst im Saale des Evangel. Vereinshauses unter Vorsitz des Herrn Superintendenten Stiller aus Köschitz die schlesische Pastoral-Conferenz abgehalten. Anwesend waren 140 Geistliche und Laien, darunter Herr General-Superintendent Dr. Erdmann. Vorträge wurden gehalten von dem Vorsteher der Erziehungsanstalten zu Lahn, früheren Pastor Pircher, über „das geistliche Amt und das Familienleben“, und von Lic. Pastor Hahn aus Karzen über „Widwath und Sturmerne“. Nachmittags um 6 Uhr hielt Superintendent A. D. Köhler aus Frauenbain in der Peter-Paul-Kirche eine Predigt. Am Abend fand noch im Vereinshause eine Besprechung der Theken des Superintendenten Ueberschar aus Dels über die Sonntagsschule statt. — Ein Matroze des „Großen Kurfürsten“, Sohn des hiesigen Hoteliers Buz, welcher bei der traurigen Katastrophe glücklicherweise gerettet worden, weil auf dreiwöchentlichen Urlaub hier. — Fast täglich laufen bei der Polizeibehörde Anzeigen über ausgeübte Raubthaten ein. So wurde in diesen Tagen ein hochgeachteter 80jähriger Greis, der Consistorialrath R., am hellen Tage ohne jede Veranlassung tödtlich insultirt, ohne daß es leider gelang, den Strolch zu fassen. Dagegen wurde ein anderer bekannter Trunkenbold, welcher sich auf offener Straße laute grobe Beleidigungen der Offiziere erlaubte, zur Haft gebracht.

t. Landeshut, 16. Juni. [Reichstags-Sitzung.] In der Reichstags-Sitzung am 15. d. M. wurde beschlossen, die Unterhaltung der neu erbauten Chaussee von Bahnhof Ruhbau nach Hartmannsdorf nicht zu übernehmen, sondern das Eigentumsrecht des Kreises an Grund und Boden dieser Chaussee dem Staat bezw. der Provinz Schlesien zu überweisen und der Landrath Herr v. Klübow bedollmächtigt, die erforderlichen Schritte in dieser Angelegenheit zu thun. Dem Kreiscommunalassessor-Mendant wird für die Rechnung pro 1876/77 Decharge erteilt und demnach auf Antrag des hiesigen landwirtschaftlichen Vereins zur Dedung der Kosten für die am 17. Juli d. J. hier abzuhaltende Kinderschau mit Verteilung von Preisen eine Beihilfe von 500 Mark, welche im Etat pro 1878/79 flüssig zu machen sind, genehmigt. In die Voranschlagsliste zu Amtsdorvorlehen werden aufgenommen die Herren Fabrikant Schubert und Jos. Blau für Dittersbach gr., Wirtshaus-Inspector Kade für Kappelhof, der Förster Dänneberg für Trautliebendorf. Der Etatsentwurf pro 1878/79 wird mit einigen Änderungen festgestellt. Nach demselben balancirt die Einnahme und Ausgabe mit 118,720 Mark und gestaltet sich zu günstig, daß gegen das Vorjahr 2545 Mark weniger zur Dedung der Mehrausgaben ausgeschrieben werden brauchen. Zur Erbauung der projectirten Chausseen von Schömburg nach Viebau, von Hermsdorf II. nach Liebau und Gräffau bis zur Kreisgrenze nach Friedland zu wird der Kreisaußschuß beauftragt, einen den Vorarbeiten des § 119 der Kr.-O. entsprechenden, ausführlichen Vorschlag auszuarbeiten und demnachst vorzulegen. Der Antrag des Reichstagsabgeordneten, Herrn Kaufmann Silberstein auf Uebernahme der Kosten zur Herstellung des Zufuhrweges von der Chaussee nach dem Güterbahnhof in Leppersdorf mit circa 2000 Mark wird mit allen gegen 1 Stimme abgelehnt, dagegen der Antrag des Herrn Grafen Udo zu Stolberg, der Gemeinde Leppersdorf eine einmalige Beihilfe von 800 Mark für den Fall, daß die betr. Gemeinde den Weg pflastert, mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen. Schließlich wird in die Commission zur Begutachtung der Klassensteuer-Reclamationen per Reclamation gewählt refv. wiedergewählt Herr Färbermeister Klenner hier, Kaufmann Thamm in Gräffau, Gutbesitzer Herda in Kl.-Hennersdorf und Gutbesitzer Walter in Nischelsdorf.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 16. Juni. [Zu den Wahlen.] Während aus so vielen Orten des Reiches Verträge und bestrafte Majestätsbeleidigungen gemeldet werden, kann die Grafschaft Glatz sich rühmen, daß bis jetzt nur eine einzige Verhaftung wegen genannten Verbrechens und zwar aus Habelschwerdt bekannt geworden ist. Hoffentlich wird dies auch der letzte Fall sein. Uebrigens fehlt bis heute auch noch die Bestätigung. Das man daraus aber noch keineswegs auf ein Nichtvorhandensein von Socialdemokraten schließen darf, haben die letzten Wahlen, namentlich im Kreise Neutrode, ergeben, wo auch heute wieder eine zwar nicht geräuschvolle, aber im Stillen recht eifrige Agitation getrieben werden soll. Hoffentlich werden die Liberalen, besonders die Mitglieder der Fortschrittspartei, nicht säumen, diesen Wählern der Socialdemokraten durch belehrende Schriften und Vorträge in öffentlichen Versammlungen entgegenzutreten. — Die Kreis- und Stadtbehörden der Grafschaft Glatz haben bereits die nötigen Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen getroffen und nicht bloß die Anfertigung und Auslegung der Wählerlisten angeordnet, sondern auch die Wahlvorsteher und deren Stellvertreter ernannt, sowie die Wahllocale bezeichnet. Auch die Ultramontanen und Conservativen rüsten sich zum Kampf, letztere namentlich scheinen diesmal nichts unversucht lassen zu wollen, den anderen Parteien das Feld streitig zu machen. Die Separatisten der conservativen Blätter werden nach Möglichkeit verbreitet und Lügen und Verleumdungen gegen die Liberalen — oder wie eine conservative Zeitung zu sagen beliebt: — „abgewirtschaftete Parteien“ colportirt. Am eifrigsten zeigen sich lutherische Dröhodore, deren Versammlungslocale oft bis spät in die Nacht mit Frommen und Frömmeln angefüllt sind, welche zu „Streitern des Herrn“ im bevorstehenden Kampfe einercirt werden sollen. Die Liberalen dagegen verhalten sich leider noch sehr ruhig. Wenn ihre Führer etwa wieder die Heimlichkeitsregeln entzünden sollten, so kann ihnen vorausgesetzt werden, daß sie diesmal damit noch weit weniger reüssieren werden als bei den vorigen Wahlen. Die Heimlichkeitsregeln ist durchaus kein Bindemittel, kein Mittel zur Verhinderung, im Gegenteil erzeugt sie arges Mißtrauen, erklärt den guten Willen der übrigen Mitglieder der Partei und hält dieselben vom Wahlhülfe fern. Es hat sich dies bei den letzten Wahlen erwiesen und dürfte sich bei den nächsten Wahlen noch weit eblanter erweisen. Die liberale Partei kann erst dann wieder auf einen Sieg rechnen, wenn sie sich neu organisiert und neue Führer gewählt haben wird. Im Wahlkreise Glatz-Habelschwerdt wird jedenfalls wieder ein Ultramontaner aus der Wahlurne gezogen werden. Daß jedoch Herr von Lubwig wieder aufgestellt werden sollte, ist nicht recht wahrscheinlich, dennoch aber möglich.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 17. Juni. [Zur Local-Schul-Inspection.] Bekanntlich ist wie anderwärts so auch in der Grafschaft eine nicht unbedeutende Anzahl Geistlicher von der Local-Schulinspection entbunden und an deren Stelle Männer ernannt worden, bei denen man diejenigen Kenntnisse und Erfahrungen voraussetzte, die zu einer eifrigen Verwaltung des ihnen anvertrauten Amtes unbedingt notwendig sind. Leider aber stellt es sich jetzt immer mehr heraus, daß man sich denn doch manchmal getäuscht, daß es unter den neuernannten Local-Schulinspektoren auch einige giebt, welche sich zu dem übertragenden Amte so gut wie gar nicht eignen. Wird nun obnein schon jeder neu ernannte Schulrevisor von der ihrer Geistlichkeit ergebenden Gemeinde mit Groll und Mißtrauen empfangen, so wird dem unbeholfenen, wenig oder gar nicht qualifizirten Schulinspector erst recht nicht mit Liebe und Hochachtung, wohl aber mit Spott und Hohn begegnet. Aus diesen Verhältnissen sind schon viele Mißlichkeiten, oft die erbittertesten Streitigkeiten entstanden, Streitigkeiten, welche das Wohl der Schule wahrlich nicht fördern, im Gegenteil gefährden und das ganze Institut der Revision discreditiren. Von vielen Seiten wird dieses Institut aus geradezu als unnötig erklärt und mit Recht behauptet, daß es „einen leeren Schein und Nutzen für das Gedeihen des Schulwesens gar nicht habe“. Und es kann diese Behauptung auch in der That nicht bestritten werden. Auch wir halten mit den Gegnern des Instituts, den Barren, einen tüchtigen Kreis-Schul-Vorstand und einen pädagogisch gebildeten Kreis-Schulinspector als die ersten Organe zur Wahrung der äußeren und inneren Interessen der Volksschule für vollkommen ausreichend“, wünschen daher ebenfalls die gänzliche Aufhebung der Local-Schulinspection.

© Trebnitz, 16. Juni. [Verurteilung. — Adressen. — Vorbereitung zur Reichstagswahl. — Gefundener Schatz.] Am 15. d. M. wurde von der Criminal-Deputation des hiesigen Kreisgerichts in außerordentlicher Sitzung der Wäldermeister Rasmieder aus Rökerte hiesigen Kreises wegen Majestätsbeleidigung, deren er sich am 16. Mai d. J. im Rökerte'schen Gasthause zu Braunsitz aus Anlaß des ersten rucklosen Attentats schuldig gemacht, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und sofort zur Abkündigung seiner Strafe durch zwei Gerichts-Executoren abgeführt. — R. versuchte seine schmerzhafte Äußerung: „Es ist ganz gleichgültig, ob sie den Kaiser oder einen Beißer erschießen.“ durch sinnlose Trunkenheit zu entschuldigen, was aber durch das Zeugniß dreier an jenem Tage in dem erwähnten Gasthause

anwesender Zeugen widerlegt wurde und von denen vornehmlich einer derselben, Gutbesitzer R., den Angeklagten auf das Straffällige seiner verwerflichen Gesinnung aufmerksam gemacht; dies hatte den R. indes nicht abgehalten, diese Auslassung nochmals zu wiederholen mit der ausdrücklichen Bemerkung: „Er sei Social-Demokrat und wisse sehr wohl, daß er bestraft würde!“ — Der Staats-Anwalt hatte deshalb auch neben sofortiger Verhaftung des R. 1 Jahr 6 Monate Gefängnis beantragt. — Nachdem bereits am 5. d. Mts. auf Veranlassung des Herrn Landrath v. Salich von den Vertretern des hiesigen Kreises eine Beileids-Adresse an Se. Majestät abgesandt worden ist, hat vor Kurzem der Führer des Schwanauer Krieger Begräbnis-Vereins, Herr v. Dehschitz auf Senditz, ebenfalls eine von ihm gefertigte und von sämtlichen Mitgliedern des erwähnten Vereins unterzeichnete Adresse an Se. Majestät den Kaiser und König, in welcher der Entschuldig über das schmachvolle Attentat, wie der größten Ehrbeleidigung gegen Se. Majestät und dem innigsten Danke gegen des Allmächtigen schützende Hand Ausdruck gegeben ist, abgesendet. — Die Vorbereitungen für die Wahlen zum Reichstage betreffend, werden die Magistrats hier und in Stroppen, sowie die Guts- und Gemeindeverhältnisse des Kreises durch besondere Bekanntmachung des Kreislandraths veranlaßt und bezüglich mit der Aufstellung der doppelte ansehnlichen Wählerlisten für diese Wahlen vorgehen und diese Arbeit so zu beschleunigen, daß die Auslegung der qu. Listen mit dem Anfange des Monats Juli c. erfolgen kann. Die nähere Festsetzung des Termins für den Beginn der Auslegung der Wählerlisten bleibt indes noch vorbehalten. — Im Monat April d. J. hat der Stellenbesitzer Anton Wuttke zu Wischitz hiesigen Kreises unter dem Tuhboden seines Wohnhauses zwei irdene Töpfe gefunden, in welchen sich 2 Thalerstücke, 4 Achtgroßstücke, 3 Viergroßstücke, 40 Zweigroschenstücke und 3360 Dreierstücke befanden. Der unbekannte Eigentümer dieses Schatzes wird deshalb vom hiesigen Kreisgericht in besonderer Bekanntmachung aufgefordert, sich bei Verlust seines Rechtes spätestens im Termine am 6. September c., Vormittags 11 Uhr, vor Herrn Kreisrichter Müller zu melden.

—r. Ramlau, 16. Juni. [Das Siegesdenkmal. — Zur Warnung vor Nachtheilen.] Nachdem bereits von anderen hohen Persönlichkeiten die Fügung, der Entfallung des hier zu errichtenden Siegesdenkmals beizuwohnen, ergangen ist, haben nunmehr auch Er. Excellenz der Herr Corps-Commandeur v. Rümping und der Reichstags-Präsident Oberbürgermeister Herr von Jordanen auf den Seiten des Siegesdenkmals-Comites an dieselben gerichtete Einladung die freundliche Antwort erteilt, daß auch sie zu dieser Festlichkeit herkommen werden. — Der hiesige Magistrat bringt den hiesigen Hausbesitzern zur Kenntnissnahme, daß die Provinzial-Städte-Feuer-Societäts-Direction wiederholt das Fortbestehen reglementäriger Versicherungen gerügt habe, und indem er auf den § 13 der Reglementsbestimmungen hinweist, nach welchem, wie auch auf jedem Versicherungs-Antrags-Bogen unter Nr. 3 vorgeschrieben, — weder einzelne Gebäude eines Gehöfts, noch einzelne Teile eines Gebäudes mit Ausnahme der Fundamente und Keller, von der Versicherung ausgeschlossen, und ebensoviele die besser gebauten Gebäude eines Gebäudebesitzes, in so fern dieselben in demselben Gemeindebezirk belegen sind, bei einer anderen Versicherungsanstalt versichert werden dürfen, — fordert er die hiesigen Hausbesitzer auf, zur Vermeidung schwerer Nachtheile sofort und spätestens binnen 8 Tagen eine Abstellung der reglementswidrigen Versicherungen herbeizuführen. Dieser magistratsmäßigen Aufforderung liegt nämlich folgende für die Bewohner der Provinz nicht unwichtige Thatsache zu Grunde. Ein hiesiger Bürger war mit seinem alten Hause seit dem Jahre 1854 bei der Provinzial-Städte-Feuer-Societät mit einem geringen Betrage versichert. Im Jahre 1866 wurde dieses alte Haus seiner Bauart wegen niedrigergerissen und an seine Stelle ein neues größeres Gebäude gesetzt, welches der Besitzer durch die hiesige städtische Abzählungs-Commission taxiren ließ und welches er dann wiederum der Provinzial-Städte-Feuer-Societät zur Versicherung antrug. Zugewiesen war damals der Krieg gegen Oesterreich ausgebrochen und seitens der Regierung die Circular-Verfügung vom 22. Juni 1866 ergangen, nach welcher Neuversicherungen oder Versicherungs-Erhöhen nicht mehr angenommen werden dürfen. Obwohl nun diese Bestimmung bereits mittelfst Circular-Verfügung vom 22. September desselben Jahres wieder aufgehoben worden war, hatte der gedachte Hausbesitzer sein neues Haus, mit welchem er nicht unversichert bleiben wollte, doch inzwischen bei einer Privat-Versicherungs-Anstalt in Versicherung gegeben, bei welcher es noch bis zum heutigen Tage versichert ist. Vor 4 Jahren kaufte dieser Hausbesitzer eine zweite in der hiesigen polnischen Vorstadt belegene Fehung, deren Gebäude seit langen Jahren bei der Provinzial-Städte-Feuer-Societät versichert waren, und unbekannt mit der oben erwähnten Bestimmung des § 13 ließ er beide Versicherungen unverändert weiter bestehen. Zu Anfang Mai d. J. ist die letzte gedachte Fehung ein Raub der Flammen geworden. Mit seinem Anspruch auf Schadenersatz ist der betreffende Besitzer jedoch von der Direction der Provinzial-Städte-Feuer-Societät abgewiesen worden, weil, da er die besser gebauten Gebäude seiner in der Stadt liegenden Fehung bei einer Privat-Gesellschaft, die schlechteren, zum Teil mittelmäßigen Gebäude seiner vorstädtischen Fehung aber erst laut der im vorigen Jahre wieder bestätigten Declaration bei der Provinzial-Städte-Feuer-Societät versichert, — die letzte gedachte Versicherung gemäß § 13 des Reglements unwirksam zu erklären und er den Anspruch auf Schadenersatz Vergütung verweigert habe. Es bleibt immerhin fraglich, ob die Seiten des Beschädigten gegen diese Abweisung eingelegte Reclamation von Erfolg sein wird.

A. Leobfähr, 16. Juni. [Das Hampel'sche Waisenhaus. — Der Stab des 6. Husaren-Regiments Nr. 2. — Die Verlegung des Mädchens durch einen Schuß. — Die Jinna. — Zu den Wahlen für den Reichstag. — Simultanschule. — Verhaftung. — Dr. Ulrich. — Bekanntmachung.] Die Gründung des Anton und Josefa Hampel'schen Waisenhauses fand am 13. d. Mts. im Weissen mehreren Vertretern der Stadtcommune und des Stadtparres, Consistorialrathes Dreßler, sowie der Vorstandsmitglieder der Anstalt durch den Bürgermeister Stephan statt, welcher der anwesenden vermittelten Bädermeister Josefa Hampel, die zur Gründung des erwähnten Waisenhauses 30,000 M. offerirt hat, im Namen der städtischen Behörden und der ganzen Bürgerchaft für die Stiftung dankte und vornehmlich unter Hinweis auf die Stiftungsurkunde den sechs Jünglingen der neuen Anstalt die Nachahmung der bürgerlichen Tugenden, durch die die Stifter ausgezeichnet seien, empfahl. Der genannte geistliche Herr betonte bei seiner Ansprache an die Vorstandsmitglieder die Erziehung der Jünglinge nach römisch-katholischen Grundsätzen, so auch den Intentionen der Stifter gerecht zu werden. — Die an dieser Stelle von hier gemeldete Nachricht, daß der in Neuhadt O.S. garnisonirende Stab des 6. Husaren-Regiments Nr. 2 nach Leobfähr verlegt werden soll, bestätigt sich nicht im vollen Umfange. Das Gerücht reducirt sich auf die Thatsache, daß bei der letzten Inspektion der hiesigen Escadron durch den Regiments-Commandeur des gedachten Regiments auf die Verlegung des Stabes nach Leobfähr bezügliche Wünsche von mehreren Seiten ausgesprochen worden sind, die allerdings die Fehung der hiesigen Commune auf jene Verlegung hervorgerufen mußte. — Das Mädchen, dem vor einigen Tagen ein Unteroffizier aus Versehen eine Schrotladung in den Kopf schoß, befindet sich, nachdem einige zwanig Schrotkörner aus dem Wunden entfernt worden, außer Gefahr. Gegen den bedauernswürdigen Unteroffizier ist, wie wir vernahmen, seitens der Militärbehörde sofort die Unterforschung eingeleitet worden. — Unser altes Vergerniß, das uns Jahr aus Jahr ein unsere Jinna bringt, wenn bei heißen Tagen ihr Wohlgerüche höchst zweifelhafter Natur entspringen, soll wie wir nach den Vorgesetzten an der Promenade begonnenen Auskultationsarbeiten annehmen berechtigt sind, nun denn doch endlich beseitigt werden. Möchten wir uns diesmal nicht täuschen und unsere auf Raumung des Wasserbettes unserer träge dahinfließenden Jinna schon oft ausgesprochenen Wünsche recht bald in Erfüllung gehen sehen. Und dürfen wir noch einen Wunsch beifügen, so sei es der, daß der auf die Promenade ausgeworfene Schlamm nicht lange liegen bleibt, derselbe vielmehr sofort bei Seite geschafft wird. Besser wäre es freilich gewesen, man hätte die Schlammung im zeitigen Frühjahr vorgenommen. — Durch das Landraths-Amt werden ferner die Städte, sowie die Gemeinde- und Gutsverordnungen unseres Kreises angewiesen, mit den geschäftlichen Vorbereitungen zur Wahl für den Reichstag unverzüglich vorzugehen und die Aufstellung der Wählerlisten so zu beschleunigen, daß, sobald die in nächster Zeit zu erwartende Bekanntmachung wegen Vornahme der öffentlichen Auslegung dieser Liste erfolgt, dieselbe auch sofort zu dem bestimmten Tage ausgelegt werden kann. Der diesseitige Kreis, welcher einen Abgeordneten zum Reichstage zu wählen hat, ist in 79 Wahlbezirke eingetheilt. — An der hiesigen Simultanschule sollen möglichst bald zwei Lehrerinnen mit einem jährlichen Gehalte von je 900 M. neu angestellt werden. — Am 11. d. Mts. wurde der Arbeiter F. von hier wegen Majestätsbeleidigung gerichtlich verhaftet. — In Ratischer wurde, wie uns soeben mitgeteilt wird, am 12. d. Mts. der dortige praktische Arzt Dr. Ulrich zum Bürgermeister von Ratischer gewählt. — In einer hiesigen Wollwaarenfabrik und der Glasfabrik Verhabschütz ist den Arbeitern von den Besitzern eröffnet worden, daß alle Arbeiter entlassen werden würden, die sich offen zur socialdemokratischen Partei bekennen, die

Bestrebungen der Partei durch Theilnahme an den Versammlungen, durch das Halten von Blättern oder Rassenbeiträge unterstützen.

Sohrau, 17. Juni. [Das Pfingstfischchen] ist dieses Jahr verregnet. Die Würde des Schönenkönigs erwarb der Wagenbauer Herr Oppawski jun., die Würde des ersten Marschalls Herr Bürgermeister Förder und die des zweiten Marschalls Herr Buchhalter Duded. *) Ja.

Gefekgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 Breslau, 17. Juni. [Criminaldeputation. — Majestätsbeleidigungen.] Die 1. Criminaldeputation des Stadtgerichts unter Vorsitz des Herrn Stadtgerichtsrath Gade erkannte in ihrer Sitzung vom 15. d. M. gegen den der Majestätsbeleidigung angeklagten Arbeiter August Wittner von hier auf Freisprechung. B. ist 40 Jahre alt, Soldat gewesen und mehrfach bestraft. Einige Tage nach dem zweiten Attentat wurde B. von dem Schuttmann Lachmann wegen einer Uebertretung der Straßenordnung notirt. B. war angetrunken und gebrachte gegen den Schuttmann beleidigende Ausdrücke. Hierauf begab er sich in das an der Diebsteide gelegene Haus des Restaurateurs Böse. Dort traf B. den Haushälter Wiegand. Ohne irgend eine Einleitung rief B. diesem zu: „Ich bin ein anderer Attentäter, ich ziele und treffe besser.“ W. theilte dies dem Schuttmann mit, worauf die Verhaftung des Wittner wegen Majestätsbeleidigung erfolgte. Der Gerichtshof nahm an, daß die incriminirten Worte sich nur auf den Schuttmann bezogen haben könnten, da ihnen keine auf das Attentat bezügliche Unterredung vorhergegangen war.

Deut hatte die 11. Criminal-Deputation, Vorsitzender Stadtgerichtsrath Dehmann, über zwei Majestätsbeleidigungen zu befinden. Der erste Angeklagte war der 25 Jahre alte Schriftfeger Josef Stengel. Derselbe ist nicht Soldat gewesen und ohne Vorstrafen. St. sah am 12. Juni in der Restauration von Herrmann, Klosterstraße Nr. 46, er las das dort ausliegende Exemplar der „Breslauer Morgen-Zeitung“. Auf Seite 3 ist die Antwort der Kaiserin auf die Adresse des Magistrats und der Stadtverordneten Berlins abgedruckt. Diese Antwort hat St. vermittelst Bleistift mit Randbemerkungen versehen. Es heißt daselbst: — „während, wie wohlthuend für den „theuren Kaiser“ das Bewußtsein ist u. hinter „theuren Kaiser“ steht Stengel „Kartätschenprinz“, hinter „von der Liebe seines Volkes getragen zu werden“, „sic“ und endlich machte er bei dem Satz „Der Zeuge ist des Edelmuthe und des Göttertrauens“, mit welchem der Kaiser leidet, hinter „Göttertrauens“ und „Göttertrauens“ je ein ? (Fragezeichen). — Der in demselben Locale anwesende Militärimbalde Schuber hatte dem St. beobachtet, er nahm die Zeitung an sich und machte Anzeig. St. giebt an, aus „Rangeweile“ die Bemerkungen gemacht zu haben. „Ich habe mich einmal in die Lage eines Socialdemokraten gesetzt“, sagt er heute, „und die Gedanken eines solchen bei Lesens der Antwort niedergeschrieben.“ Er meint, das Wort hiesse nicht „Kartätschenprinz“, sondern „Kartoffelprinz.“ — Staatsanwalt Warmbrunn bemerkt, daß es unzulässig sei, „Kartätschenprinz“ heißen soll, der Angeklagte habe dies Wort aus „Ein neues Wintermärdchen vom neuen Deutschen Reich, frei nach Heinrich Heine“ entnommen, welches von Majestätsbeleidigungen wimmelt. (Als Verbreiter dieses Buches stand vor etwa Jahresfrist der Socialdemokrat Fritz Olgauer auf der Anklagebank. Olgauer ging später nach Amerika, um nicht im deutschen Heere dienen zu müssen. Der Ref.) In Betreff des Strafantrages bemerkt der Herr Staatsanwalt, daß es erschwerend wirkt, daß der Angeklagte nicht etwa im Eifer des Geistes sich zu einer Majestätsbeleidigung hinreißen ließ, sondern in höchst tödtlicher Weise mit Ueberlegung und Rube handelte. Wenn er trotzdem nicht das höchste Strafmaß in Antrag bringe, so geschähe dies nur deshalb, weil ihm der Angeklagte wie ein halber dummer Junge vorkomme, er halte 2 Jahre Gefängnis für angemessen. Der Gerichtshof beschloß 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Der zweite Angeklagte, Zimmermann und Tischlermeister Karl Schwarzer aus Breslau, ist 40 Jahre alt, Soldat gewesen und wegen Diebstahls und Beleidigung verurtheilt. Am Nachmittag des 3. Juni lehnte Schw. beim Restaurateur Dlasch, Carlstraße, ein. Dort hielt sich außer anderen Gästen auch der Postkammer Weidlich auf. Das Gespräch drehte sich um das Nobiling'sche Attentat. Weidlich äußerte bezüglich des Nobiling, „der Kerl mußte sofort aufgehängt werden.“ Da rief Schw. erregt aus, „da müßte der zuerst aufgehängt werden!“ und auf die Frage des Weidlich, wen er mit dem „der“ meine? antwortete Schw., „den Kaiser Wilhelm, denn der hat doch schon Viele tödtlichessen lassen.“ Weidlich wendete ein, daß über Krieg und Frieden doch nicht allein der Kaiser, sondern hauptsächlich das Ministerium bestimme und drückte weiter sein Bedauern aus, daß der Kaiser kein Todesurtheil unterzeichne. Das will ich Ihnen sagen, warum? sagte Schw. Er kann und darf kein Todesurtheil unterschreiben, denn er trägt selbst einen Strid. Können Sie das beweisen? fragte W. weiter. Jawohl, antwortete Schw. Als Bring hat der Kaiser einen Strid erlitten, deswegen trägt er einen Strid. — Schw. will an jenem Tage sinnlos betrunken gewesen sein und sich der gebrauchten Worte nicht mehr erinnern können. W. und Dlasch behaupten, Schw. sei nur schwach angetrunken gewesen, insbesondere folgere W. aus den schlagfertigen Antworten, daß Schw. nicht betrunken war. Herr Staats-Anwalt Warmbrunn: Ich würde dem Angeklagten die Redensart „der Kaiser trage einen Strid“ nicht hoch anrechnen, denn es ist bekannt, daß in den unteren Volkstufen dieses alberne Märchen nicht bloß betreffs des Deutschen Kaisers circulirt und geglaubt wird, sondern es giebt wohl überhaupt keinen Monarchen, von dem nicht dasselbe behauptet wird, schwerer wiegt dagegen die erstere Äußerung, ich beantrage 2 Jahre Gefängnis. Das Erkenntniß lautet dem Antrage gemäß.

Berlin, 17. Juni. [Börse.] Oester. Creditactien setzten heute ihren übersteigenden Hauslauf weiter fort und diese Bewegung absorbirte das Gesamtinteresse der Börse in dem Maße, daß gegen die erregte Thätigkeit, die in Creditactien Platz gegriffen hatte, die Geringsfügigkeit der Umsätze auf den anderen Gebieten um so greller hervortrat; Gründe für diese Steigerung zu suchen, wäre vergebliches Bemühen. Die Speculation führte starke Meinungskäufe aus, und es fanden sich auch zu höchster Notiz noch reichlich Käufer. Gegen Schluß der Börse schwächte sich die Haltung etwas ab, als nämlich eine Depesche des „Kauterischen Bureau“ in London bekannt wurde. Dieselbe meldete, daß die türkischen Congress-Deputirten angewiesen seien, sich zurückzuziehen, falls der Congress beschließen sollte, Epirus, Thessalien, Bosnien und der Herzegowina Autonomie zu bewilligen. Die vorherige Hausstimmung war aber so mächtig, daß diese Depesche ihr nur geringen Abbruch thun konnte. Oesterreichische Staatsbahnactien theilten in gewissem Grade die Lebhaftigkeit der Creditactien, auch Lombarden wurden zu steigendem Course ziemlich rege umgesetzt. Die Oesterreichischen Nebenbahnen trugen eine recht feste Physiognomie und blieben auch nicht ganz unbelebt. Bevorzugt zeigten sich namentlich Raskau-Dorberger, Rudolfsbahn, Josefabad und Borsarberger Bahn. Galizier behaupteten sich ziemlich fest. In den localen Speculationseffekten fand ein mäßig belebtes Geschäft statt, die Coursnotierungen änderten sich nur wenig, zogen im Allgemeinen jedoch etwas an. Es notirten Disconto-Commandit ult. 127.75 bis 127.90 — 7½ — 8½ — 128. Auch auf dem Gebiete der Auslandsanleihen herrschte eine sehr feste Stimmung und wurden die österr.-ungarischen Renten sehr lebhaft umgesetzt; namentlich zeigte sich letztere besonders beborzugt. Türken und Italiener verhielten sich ruhiger. Aufschische Werthe waren fest, aber sehr still. 5½ Ant. pro ult. 82½ — 82½, russische Noten pro ult. 209¼ — 209¼ — 209½. Preussische und andere deutsche Staatspapiere fest aber still. Auch in den Eisenbahnprioritäten blieb der Verkehr sehr gering. Nur Ungarische Devisen machten eine Ausnahme; auf dem Eisenbahnactienmarkt war die Stimmung wenig fest, die keineswegs befriedigende Mai-Einnahme der Bergisch-Märkischen Bahn übte generell einen drückenden Einfluß auf die schweren Actien. Leichte Papiere beliebter. Märkisch-Bosener, Sörliger und Halle-Sorauer beliebt und besser. Rumänische Stamm-Actien beliebt und zu höherem Course in großem Verkehr. Obligationen ebenfalls fest. Döpreussische Südbahn gingen recht lebhaft an. Von Stamm-Prioritäts-Actien Sörliger, Märkisch-Bosener und Rumänier beliebt. Bantactien haben eine etwas lebhaftere Geschäftsentwicklung genommen, blieben aber trotz ihrer Festigkeit meist unverändert. Preussische Boden-Creditbank kam höher zur Notiz, Schaaffhausen beliebt und steigend. Sörgel und Parisius (alte) begehrt, doch fehlten Abgeber. Meininger und Weimarsche Bank anziehend, Wiener Unionbank zog etwas an, Mecklenburger Hypothekendar, Bräufeler Bank, Centralbank für Bauten, Schaffische Bank und Leipziger Creditbank erhöhten ebenfalls die Course, Dresdener Bank niedriger, Südbayer Hypothekendar, Berliner Handelsgesellschaft gedrückt. Industriepapiere waren mäßig beliebt. Schloßbrauerei und Unionsbrauerei erhöhten die Notiz. Glauziger Zuckersfabrik und Langenfalza Zuckfabrik höher, Omnibus bei lebhaftem Geschäft steigend. Egels Maschinenfabrik besser. Wöblert Maschinenbau steigend. Oberschlesischer Eisenbahnbedarf in guter Frage. Leopoldshall zu besserem Course zu lassen. Montanwerke behaupteten sich in guter Festigkeit.

Coupons. (Coups nur für Posten.) Amerik. Bonds-Ex. 4,165 bez.,
Papier-Ex. 4,12 bez., Defter. Silberrent-Ex. 175,50 bez., do. Eisen-
rent-Ex. 175,50 bez., do. Papierrente-Coup. 171,75 bez., Russ. Ex. 207,75 bez.,
engl.-Russ. Anl.-Coup. 20,48 bez. u. Br., Franz. Coup. 80,85—80,80 bez.,
Österr. Anl.-Coup. 20,16 bez., Rumänische Coupons 5,50—5,70 bez.